

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39
Telefax: 886 846 ppbn d
Telefax: 21 0564

Inhalt

Rudolf Scharping MdL zum
1. Jahrestag der Katastrophe
von Ramstein: Keine Flugta-
ge, keine Tieffliegerei mehr!
Seite 1

Ingrid Stahmer zum Erfor-
dernis, dem aufflackernden
Rechtsextremismus entgegen-
zutreten: Die Aufarbeitung
unserer Geschichte vorantrei-
ben.

Seite 3

Rezension:

Dr. Karsten Schröder stellt
das Buch von Wilfried Loth
„Ost-West-Konflikt und deut-
sche Frage. Historische Orts-
bestimmung“ vor.

Seite 5

44. Jahrgang / 163

25. August 1989

Keine Flugtage, keine Tieffliegerei mehr!

Zum 1. Jahrestag der Katastrophe von Ramstein

Von Rudolf Scharping MdL

Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz

Die Katastrophe von Ramstein am 28. August 1988 hat 70
Menschenleben gefordert, über 400 Menschen wurden verletzt.
Aber die Schäden an Leben und Gesundheit sind nicht alles;
Familien sind und bleiben hart getroffen, viele werden ihr Le-
ben lang körperlich und schlimme seelische Narben tragen.

Der Flugtag von Ramstein - wie jeder Flugtag - war ein Sym-
bol militärischer Protzerei, die die Faszination Technik nutzt,
den Glauben an unbeschränkte Beherrschung von Technik
mißbraucht, jedes Risiko leugnet und denkbare Fehler igno-
riert.

Ramstein stellte und stellt ernste Fragen. Sie richten sich an
die Verantwortlichen in Politik und Militär. Sie richten sich
auch an uns, die wir früh warnten und protestierten.

Sind wir - ein Jahr danach - schon wieder im Alltag? Haben
die Verantwortlichen verstanden, daß der als einmalig gedach-
te Nervenkitzel eines Flugtages heute noch der alltägliche Ner-
venkrieg der pfälzischen Bevölkerung ist? Bedarf deutsch-ameri-
kanische Freundschaft wirklich des militärischen Spektakels,
wo sie doch besser und beständiger auf gegenseitige Achtung,
auf gemeinsame Werte und gleiche Rechte gegründet wird.
Wird in Zukunft auf die verächtliche Häme verzichtet, die das
Risiko von Flugtagen mit den von „Schnitzeljagden“ verglich?

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. Mwst und Versand.

Vermindertem Umfang
mit wertvollen Beilagen
Recycling-Papier



Ein vordergründiges, gar parteipolitisches Abrechnen verbietet sich angesichts des Leids, das der 28. August 1988 über so viele Familien brachte. Da es aber immer wieder Rufe nach neuem Super-spektakel gibt, sind wir es den Opfern von Ramstein auch schuldig, offen und öffentlich zu fragen, wie es zur Katastrophe kam: Wegen der Ignoranz der Militärs, mitverschuldet von Politikern, die Unterordnung und Schweigen für ein Zeichen von Freundschaft halten und nach dem Unglück auf fehlende formale Kompetenzen verweisen.

Ramstein hat gelehrt, daß doch sein kann, was angeblich nicht sein darf. Wer die Geschichte der Flugtage und die Kette ihrer Opfer kennt, hätte das früher wissen und beachten können.

Wir beklagen einen Mangel an menschlicher Zuwendung, aber wir beklagen gleichzeitig auch einen Mangel an politischer Konsequenz. Zuwendung kann niemand mit Geld abgelden. In bürokratischen Verfahren wird sie nicht spürbar. Ihr Mangel erschließt sich denen nicht, die Hilfe zur seelischen und psychischen Hilfe verweigern.

Die Frage nach dem Sinn eines schrecklichen Ereignisses vermag tief zu verletzen, weil sie unterstellt, daß dem größten Unglück und dem größten Unsinn, der Unglück erzeugt, noch ein Sinn abzugewinnen wäre. Ich denke nicht, daß Politik der von Katastrophen genährte Lernprozeß bleiben darf, der er heute leider oft genug ist. Aber die Frage nach dem Sinn kann auch trösten, jedoch nur, wenn mit der Frage eine Antwort verbunden wird, die Umkehr will.

Wie könnte eine solche Antwort aussehen?

Es darf keine Flugtage mehr geben. Tiefflug ist alltäglicher Nervenkrieg. Tieffliegerei bewirkte nicht das Unglück von Ramstein; aber Flugtage und Tieffliegerei folgen in der heutigen politischen Lage der gleichen „Logik“. Wir wollen nicht, daß Tieffliegerei fortgesetzt wird, im Gegenteil: auch sie kann und folglich muß sie eingestellt werden.

Wir brauchen die Freundschaft und die Solidarität mit allen, die Freiheit und Frieden und gleiche Rechte für die Menschen verwirklichen wollen. Dazu gehören nach ihrer Verfassung auch die Vereinigten Staaten von Amerika, auch wenn dies in der Politik des Alltags nicht immer erkennbar ist. Freundschaft zu den USA wollen wir gründen auf gleiche Rechte und innere Souveränität. Freundschaft muß sich bewähren im Ringen um die Verwirklichung gleicher Werte, in gegenseitiger Achtung. Militärischer Protzerei bedarf es dagegen nicht. Ramstein 1988 hat uns dies in schrecklicher Weise gezeigt.

(-/25.8.1989/vo-he/rs)

* * *

Die Aufarbeitung unserer Geschichte vorantreiben

Zum Erfordernis, dem aufflackernden Rechtsextremismus entgegenzutreten

Von Ingrid Stahmer
Bürgermeisterin von Berlin

Die Berliner Historiker-Konferenz konnte und durfte eigentlich an keinem anderen Ort stattfinden als in Berlin, der Geburtsstätte des Naziterrors: Hier, wo nach viele stumme Zeugen die schrecklichen Erinnerungen an die Kriegszeit heraufbeschwören, wo eine blühende Jüdische Gemeinde von den Nazis zerstört, wo der Holocaust geplant wurde, wo letztlich alle Fäden des faschistischen Regimes zusammenliefen. Noch heute leidet Berlin an den Folgen des von den Nazis entfesselten Krieges, nämlich an der Teilung des europäischen Kontinents in zwei politische und militärische Blöcke. Das bedrückendste Symbol dieser Teilung bleibt die Mauer, die unsere Stadt teilt und von vielen als eine offene Wunde empfunden wird.

Doch jetzt keimt Hoffnung. Das von Generalsekretär Gorbatschow entworfene Europäische Haus bietet eine faszinierende Perspektive für den Frieden auf unserem Kontinent. Ich bin sicher, Berlin wird seine Zukunft im Rahmen einer europäischen Friedensordnung finden, die die Teilung Europas überwindet.

In Berlin wurde auch das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Regimes geschrieben, als 1945 die Siegermächte die Welt von der Nazi-Barbarei befreiten. Doch dies blieb für die Deutschen lange Zeit verdrängte Geschichte, wie ihnen der Psychoanalytiker Alexander Mitscherlich Ende der Sechziger ins Stammbuch schrieb. Sie hätten es gerne den Historikern überlassen, sich stellvertretend mit der Schuld der Vergangenheit zu beschäftigen, beklagte Mitscherlich. Ihre „Unfähigkeit zu trauern“ sei darin zum Ausdruck gekommen, daß sie sich weigerten, sich zu erinnern. Nur nach vorn sollte der Blick gerichtet sein: Auf das Wirtschaftswunder, das ablenkte von den Fragen nach Schuld und Sühne. Zu dieser Verdrängungshaltung gehört auch, daß noch in den siebziger Jahren Konservative ungestraft äußern konnten, wer dieses Wirtschaftswunder geschaffen habe, der brauche sich nicht andauernd an Auschwitz erinnern zu lassen. Die NS-Opfer wurden damit zum zweiten Mal verhöhnt.

Aber darf man eigentlich einzelne Geschichtsepochen gegen einander aufrechnen? Lassen sich zwölf Jahre deutscher Nationalsozialismus innerhalb einer 2000jährigen Geschichte relativieren? Muß nicht die Besonderheit der NS-Zeit eine unverrückbare Erkenntnis auch für Geschichtsforscher sein, die immer wieder nach neuen Ansätzen zur Geschichtsinterpretation suchen?

Welch zähen und langwierigen Prozeß die Geschichtsaufarbeitung darstellt, zeigt sich auch darin, daß sich 40 Jahre nach dem Ende der NS-Zeit immer noch einige Berufsstände sehr schwer damit tun, ihre Rolle zwischen 1933 und 1945 kritisch zu beleuchten. Und ich denke dabei nicht nur an die Ärzte. Hohe Wellen schlugen die Emotionen vor kurzem anläßlich der Eröffnung der Ausstellung „Widerstand gegen den Nationalsozialismus“ der Gedenkstätte Deutscher Widerstand, weil einige der Ansicht waren, Gedenkstätten müßten Widerstandskämpfer in Gut und Böse einteilen. Doch dies kann und darf nicht die Aufgabe einer Dokumentations- und Gedenkstätte sein. Wie sich überhaupt Einäugigkeit beim Blick auf die Vergangenheit verbietet.

Gerade der wieder aufflackernde Rechtsextremismus dieser Tage zeigt, wie wichtig es ist, daß Historiker, Pädagogen und Politiker an einem Strang ziehen. Aber nicht Kongresse und die Lektüre trockener Geschichtsbücher allein können hier aufklärerisch wirken, vor allem wenn es darum geht, Jugendliche auf den demokratischen Pfad zurückzuholen. Wer beispielsweise von einem Besuch im ehemaligen Vernichtungslager Auschwitz zurückgekehrt ist, der weiß, daß das Grauen einen Namen trägt. Der wird auch zur NS-Zeit selbst eine andere Beziehung bekommen und abseits nackter Fakten und Zahlen eine Vorstellung davon erhalten, wieviel menschliches Leid sich gerade an Orten wie Auschwitz abspielte.

Allzu leichtfertig folgen Jugendliche, die ihr Leben perspektivlos sehen, den Flötentönen rechtsextremistischer Rattenfänger. Hier sind gerade wir Politiker herausgefordert, Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Und natürlich fällt uns die Aufgabe zu, ein Stück Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen: Damit die Heranwachsenden wieder das Gefühl bekommen, es nimmt sich jemand engagiert ihrer Interessen an, und sie werden nicht nur verwaltet.

Der Berliner Senat sucht die offensive Auseinandersetzung mit den rechtsextremistischen Gruppen. Dazu gehört, daß wir die Aufarbeitung unserer Geschichte vorantreiben. Mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der „Wannsee-Villa“, wo Schreibtischtäter 1942 die Ermordung von Millionen jüdischer Bürger planten, wurde dafür ein nicht zu unterschätzender Beitrag geleistet. Hierbei geht es uns jedoch nicht um rituelles Gedenken, sondern um aktives politisches Gedenken, damit wir alle aus der Geschichte lernen.

Daß man auch im Kleinen ein Zeichen der Versöhnung setzen kann, belegt meiner Ansicht nach die Initiative der Deutschen Ärztegemeinschaft für medizinische Zusammenarbeit. Den 50. Jahrestag des nazistischen Überfalls auf Polen nehmen die Mediziner zum Anlaß, um Medikamente und medizinische Geräte nach Warschau zu bringen. Eine Geste der Aussöhnung, die meine volle Unterstützung genießt.

(-/25.8.1989/va-he/rs)

(Ingrd Stahmer trug diese Gedanken auf der Internationalen Historiker-Konferenz am 23. August in Berlin vor)

* * *

REZENSION

Die alten Gewißheiten bundesdeutscher Politik sind ins Wanken geraten

Wilfried Loth: Ost-West-Konflikt und deutsche Frage. Historische Ortsbestimmungen. Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1989, 214 S., DM 12,80

„Unbelehrbare Nationalisten und unbedarfte Idealisten träumen von der Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaats, der sich entweder aus den weltpolitischen Verschiebungen ergeben oder aber auf wunderbare Weise die Probleme europäischer Sicherheit lösen soll. Konjunkturritter aller Schattierungen produzieren Leerformeln über ‚deutsche Fragen‘ und deutsche Identität, deutsche Staatsräson und deutsche Gefährdungen. Geschichte, zumal deutsche Geschichte, hat wieder Konjunktur; und die 40jährigen Gedenktage der Nachkriegsereignisse geraten zu Gedenkspektakeln, die an die midlife-Geburtstage arrivierter Yuppies erinnern.“

Mit diesen Worten aus der Einleitung stimmt der Essener Historiker Wilfried Loth den Leser seiner elf Studien auf das Thema ein und zeigt die Richtung seiner historisch-politischen Argumentation an. Die historischen Analysen eignen sich deshalb auch nicht als Steinbruch für rückwärtsgewandte Wende-Strategen, die einem „pflegeleichten Neo-Nationalismus“ das Wort reden. Loth will mit seinen „Ortsbestimmungen“ vielmehr dazu beitragen, „die Geschichte der Bundesrepublik zu begreifen und Grundlagen für rationale Entscheidungen in der Gegenwart zu gewinnen. Sie zeigen, daß der deutsche Spielraum zwar begrenzt ist, daß die Westdeutschen aber dennoch mehr Verantwortung für den Weltfrieden tragen, als sie in der Regel wissen.“

Fast alle Beiträge behandeln aus unterschiedlichen Perspektiven die Entwicklung der „deutschen Frage“, die seit 1945 unlösbar mit dem Ost-West-Konflikt verknüpft ist, sowie die Frage nach der Rolle Europas während der letzten vierzig Jahre. Durch fundierte Analysen von folgenreichen Entscheidungssituationen der Nachkriegszeit werden zentrale Bestimmungsfaktoren bundesrepublikanischer Geschichte veranschaulicht. Dabei wird den Entwicklungsprozessen der Blockbildung, die nach Ansicht des Autors auf wechselseitige Fehlperzeptionen der Hauptsiegermächte zurückzuführen sind, eine Schlüsselrolle für die „deutsche Frage“ zugewiesen: das geteilte Deutschland geriet in eine „doppelte Eindämmung“. Die Blockkonfrontation stand am Beginn der beiden deutschen Staaten, sie wurden die „Opfer einer Konfrontation, die ohne ihr Zutun und gegen ihren Willen auf ihrem Rücken ausgetragen wurde“, schreibt Loth in dem Beitrag „Deutsche zwischen Ost und West“, der die erfolglosen Versuche deutscher Nachkriegspolitik mit Konzepten über einen „Dritten Weg“ beschreibt. Die Siegermächte favorisierten spätestens nach der Berlin-Blockade (1948) die Zwei-Staaten-Lösung als „langfristig einzig akzeptable Lösung der offenen deutschen Frage“.

Eine Lösung bot sich im Frühjahr 1952 mit den bekannten Stalin-Noten an, die der Autor nicht als ein Scheinangebot zu Propagandazwecken interpretiert. Deshalb wertet Loth „die Phase der Stalin-Noten als eine Zeit der verpaßten Chancen“ mit den bitteren Folgen: „Das deutsche Festhalten an

einer Wiedervereinigungsformel, die so absolut nichts mit der Realität zu tun hatte, hat nicht nur die Bundesrepublik in eine unfruchtbare Isolation geführt, aus der sie sich später nur unter großen Anstrengungen befreien konnte; sie hat vor allen Dingen dazu beigetragen, daß die zaghaften Ansätze zu Gesprächen über Rüstungskontrolle und vertrauensbildende Maßnahmen nicht vertieft wurden und darum im letzten Drittel der 50er Jahre der Ausbau der atomaren Abschreckungspotentiale erst so richtig einsetzte."

Auch wenn die „deutsche Frage“ derzeit wieder eine Konjunktur erlebt, so gibt es nicht den geringsten Anlaß für „Träume vom Deutschen Reich“. Der seit dem Kriegsende bestehende Status quo in der deutschen Frage gilt auch für Loth nicht als sakrosanct, dennoch plädiert er dafür, „auch die positiven Aspekte“ zu sehen: „nicht nur die Teilung zu beklagen, sondern in dieser Teilung auch eine historisch gewordene, mit vielen Opfern und Irrwegen bezahlte Lösung für das Problem staatlicher Existenz der Deutschen in Europa zu sehen.“ Aus dieser Sicht ergeben sich für ihn zwei Folgerungen für die Deutschlandpolitik: zum einen erfordern „Selbstverständnis wie die moralische Legitimation der bundesrepublikanischen Demokratie“ auch für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen jenseits der Grenze einzutreten und ihnen „soviel praktische Solidarität als möglich zukommen zu lassen“. Dies allerdings mit der Absicht der Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates verbinden zu wollen, heißt aber, „einen gefährlichen Weg zu beschreiten, der selbst bei den friedlichsten Absichten das prekäre innereuropäische Gleichgewicht zu zerstören und damit die Sicherheit aller Europäer zu gefährden droht“. Zum anderen warnt er davor, „sich mit einer einseitigen Willenserklärung aus der westlichen Allianz verabschieden zu wollen“. Mit solch einem Schritt würde sich die Bundesrepublik auf gefährliches Terrain begeben. Einer Überwindung des Ost-West-Konfliktes wäre damit nicht gedient.

In seinem Aufsatz über die „Zukunft des Ost-West-Konflikts“ analysiert Loth die Auswirkungen des von Gorbatschow eingeleiteten Reformkurses auf die Ost-West-Beziehungen. Der Autor sieht eine Stabilisierung der europäischen Friedensordnung nicht durch Festhalten an der Gleichgewichts-Doktrin gewährleistet, sondern plädiert, ähnlich der sicherheitspolitischen Vorschläge des SPD-Politikers Egon Bahr, für weitere Deeskalationsschritte in Richtung auf „minimale Abschreckung“ und „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“. Allerdings: eine bequeme Zuschauerrolle sollte sich der Westen nicht erlauben. „So hoffnungsvoll die Tatkraft Gorbatschows beim Herangehen an die Defizite sowjetischer Politik stimmt, so besorgniserregend sind auf der anderen Seite das Zögern und die Verwirrung in der westlichen Politik. Wenn der Ost-West-Konflikt eines Tages der Geschichte angehören soll, muß auch der Westen eine ‚Perestrojka‘ in Angriff nehmen.“

Insgesamt ein anregendes Buch, das seinem Anspruch, „in der gegenwärtigen Umbruchsituation fundierte Orientierung“ anzubieten, in jeder Hinsicht gerecht wird und dessen nüchterne Befunde zu einer Revision zeit- und standortbedingter Geschichtsmymthen einladen.

Dr. Karsten Schröder

(-/25.8.1989/vo-ha/rs)

* * *